

Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.  
Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.  
Inserionspreis für die viergespaltene Corpuss-Zeile oder deren Raum 15 Pfg.

# Halle'sches Tageblatt.

Neunundsiebzigster Jahrgang.  
Amtliches Verwaltungsblatt für die Stadt Halle und den Saalkreis.  
Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Beilagegebühren 9 Mark.

Inserate für die nachfolgende Nummer bestimmt, werden bis 9 Uhr Vormittags, spätere dagegen Tags zuvor erbeten.

Inserate beiderlei sämtlicher Annoncen-Bureau.

Nr. 87.

Freitag, den 12. April.

1878.

Ausgabe- und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Geißstraße 67 und R. Penne, Leipzigerstraße 77.

Berlin, 10. April.

Bei dem gestrigen parlamentarischen Dinner that Fürst Bismarck über sich, wie wir gestern im „Nachtrag“ bereits meldeten, der in gewisser Sinne ihm feindlichen Gerüchte Erwähnung, welche im Gange seien, über Pläne, die er angeht. Er demontirte dieselben entschieden und namentlich die ihm zugeschriebene Absicht einer Auflösung des Reichstages. Nach aufgehobener Tafel kam das Gespräch auf die Memoiren aus dem vergangenen Jahrhundert und auf die Grundsätze, welche für die Bemessung der Staatsausgaben maßgebend sein müssen. Fürst Bismarck erklärte sich für eine angestrebte Verminderung, wobei er jedoch Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse des Kaisers, vornehmlich in Beziehung auf den Vater desselben zu nehmen habe. Auch die Geschichte des Jahres 1848 würde dem Historiographen große Schwierigkeiten bieten. In den Wärtztagen, äußerte der Fürst, seien die deutschen Einzelstaaten viel befähigter gewesen als heute. Sie würden sich begnügen haben, hätte man ihnen die Domänen und ihre Fürsten, vornehmlich als „Civilfürsten“ gelassen; die Bundes- und Reichsverfassung, welche denselben befähigt weit größere Regie. Auf die aktuellen Verhältnisse einleitend, interpellirte man den Fürsten, ob er heute im Reichstage erscheinen werde oder nicht. Präsident v. Forstner sprach den dringenden Wunsch aus, daß dem Reichstage die vorerwähnte vom Abg. Vastler gewünschte Erklärung über die Kompetenzabgrenzung zwischen dem Reichsfinanzministerpräsidenten und dem Unterstaatssekretär für die Reichsfinanzverwaltung abgegeben werde. Der Reichsfinanzminister zeigte sich bereit, diese Erklärung selbst heute oder durch Herrn Hofmann im Allgemeinen abzugeben, ohne jedoch auf das Detail einzugehen und ohne Präjudizierung des Reiches des Kaisers, administrative Anordnungen auf Grund eines bewilligten Etats zu treffen. Er lege auf den Nachtragstext überhaupt nicht so großen Werth, da es in seiner Hand liege, die Verfügung zu treffen, daß der Reichsfinanzminister nicht direkt Vortrag halte. Auch könne er im Wege der gewöhnlichen Dienstinstruktionen anordnen, daß der Reichsfinanzminister ihm keinerlei Vor schläge unterbreite, wobei derselbe sich mit dem preussischen Finanzminister in Einvernehmen darüber geeinigt, so daß der kaiserlichen Sanction keine Finanzmaßregel unterbreite werde, welche nicht auch die Billigung des preussischen Finanzministers habe. Unpraktisch allerdings habe er etwas Anderes gemollt. Nachdem jedoch Graf Stolberg die Uebernahme des preussischen Finanzministeriums auf das Entschiedenste abgelehnt, ist ihm der neue Gedanke gekommen. Zwischen dem bemerkte der Fürst, daß die Vorlage betreffend die Stellvertretung für Ulaß-Vorbringen bereits so weit bearbeitet sei, daß dieselbe schon in nächster Zeit an den Reichstag gelangen werde. Der Wunsch, die Leitung der preussischen

und deutschen Finanzen in nähere Beziehungen zu einander zu bringen, sei ihm durch das Verhältnis Delbrück's zu Camphausen gekommen. Delbrück war der umfassendere Geist, der mehr politische, der mehr „europäische Kopf“, während Camphausen rein Reformmann war. Letzterer besaß große Selbstständigkeit nach oben eben so wie nach unten, war jedoch für neue Gedanken wenig zugänglich und verhielt sich solchen gegenüber mehr abstoßend. Das Verhältnis zwischen Delbrück und Camphausen war oft ungerührt. Delbrück überließ dem älteren Camphausen niemals den Vortritt, und es kam vor, daß im Bundesrathe Camphausen den Standpunkt des preussischen Finanzministeriums darlegte, Delbrück aber danach alle sieben preussischen Stimmen gegen Camphausen abgab. Camphausen's Abgang habe ihm, dem Fürsten, eine gewisse Erleichterung verschafft, da Camphausen nie mit seinen Intentionen übereingestimmt habe.

Die Prov. Kerr. bringt einen Artikel über „die Reichstagsmehrheit und die wirtschaftliche Politik des Fürsten Bismarck“, in welchem zunächst auf die Nothwendigkeit der Bildung einer festen und zuverlässigen Mehrheit im Reichstage hingewiesen wird; dies sei nicht erst neuerdings und nicht bloß seitens der Regierung, sondern seit Jahren von den bedeutendsten Vorkämpfern der Politik im Reichstage gefordert worden. „Vor vier Jahren schon, als es sich um die wichtige Entscheidung über die Friedensfrage des deutschen Heeres handelte, führte der Abgeordnete von Demigien in feierlicher Rede aus, daß nicht bloß die Frage des Reichsberthes, sondern auch ganz andere Bedürfnisse es notwendig machen, die Reichsregierung durch eine festgesetzte nationale Mehrheit zu unterstützen, — in welcher alle diejenigen, die überhaupt entschlossen sind, mit einer energischen und nationalen Regierung zu gehen, einest, ob sie konservativ oder liberal sind, zusammengehen. Derselbe Ueberzeugung hat Herr von Demigien im vorigen Jahre bei den Verhandlungen über die Veranlaßung des Reichstagsmarsches Fürsten Bismarck mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die nächsten wichtigen Aufgaben des Reichs geltend gemacht.“

Die Prov. Kerr. giebt nun die Hauptstellen jener Rede des Herrn von Demigien, in welcher er hervorhob, wie notwendig es sei, eine enge Verbindung mit der Regierung zu gewinnen und eine Verbindung der Reichsverwaltung mit der Finanzverwaltung Preussens herzustellen. Nun legt die Prov. Kerr. dar, daß die Erfüllung der beiden dringlichsten politischen Wünsche: die Ausführung der Pläne in Bezug auf die einheitliche Ordnung der verantwortlichen Reichsregierung, — und im Zusammenhang damit die Regelung der Reichsfinanzverwaltung in enger Verbindung mit der preussischen Finanzverwaltung, — erreicht worden sei. „Mit dem Stellvertretungsgezet und der Einrichtung einer besonderen Reichsfinanzverwaltung des Reiches ist

aber zunächst nur der Rahmen für eine weitere Wirksamkeit im Reich geschaffen. Sollen die neuen Einrichtungen den geoffenen Segen bringen, so gilt es, mit Hilfe der gestärkten Organe des Reiches alsbald auch an die Lösung der großen praktischen und volkswirtschaftlichen Fragen zu gehen.

Fürst Bismarck hat wiederholt verkündet, daß ihm nach der politischen Befestigung des deutschen Reiches Nichts so sehr am Herzen liege, wie die Förderung des wirtschaftlichen Wohls des Volkes, die Begründung einer wirtschaftlichen Politik auf wahrhaft nationaler Grundlage. Er hat noch jüngst die Ueberzeugung ausgesprochen, daß wir in der Entwicklung unseres Steuerwesens, namentlich im Hinblick auf dessen Auswirkung auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben sind, — er hat die Anbahnung einer umfassenden Steuerreform, durch welche der Druck der Steuern, für das Volk erleichtert wird, als sein letztes ideales Ziel bezeichnet.

Wie auf dem Gebiete der Steuerpolitik, so ist des Kanzlers Streben auch in der Zollpolitik des Reiches darauf gerichtet, die Behandlung der Zollfragen nicht nach den Auffassungen und Geboten bloßer Lehramtsmeinungen, sondern vor Allem nach den Anforderungen der thatsächlichen Lage der Dinge und nach den wirklichen Bedürfnissen des Volkes zu gestalten. Unsere Handelspolitik kuldirgt im weitesten Maße dem System des Freihandels, und die Vorträge derselben an und für sich sollen nicht bestritten werden, insofern dabei die Gerechtigkeit unter den Völkern gewahrt ist, — ohne Gerechtigkeit schädigt der Freihandel denjenigen, der sich „edel“ dem Prinzip zu opfern bereit ist. Ein schlagendes Beispiel der Vorträge einer richtigen wirtschaftlichen Politik bietet Frankreich dar, welches trotz aller politischen Umwälzungen der reichste Staat des europäischen Festlandes geworden ist, weil es in wirtschaftlichen Dingen nur nationale Gesichtspunkte und Interessen kennt.

Wenn gleiche Gesichtspunkte in der Finanzpolitik des deutschen Reiches zur Geltung gelangen, so wird es sich in erster Linie um Erhöhung der sogenannten Finanzzelle handeln; in'sern dabei durch Revision des Zolltarifs gleichzeitig die Möglichkeit gegeben ist, zum Schutze der heimischen Industrie beizutragen, wird die Finanzpolitik nicht aus Liebe zur Theorie und aus Furcht vor handelspolitischen Schlagworten ängstlich davor zurückzudenken dürfen.

Für eine solche Politik, von deren segensreichen Folgen für das Wohl des deutschen Volkes der Reichskanzler tief überzeugt ist, hofft er — so schließt die Prov. Kerr., eine feste Mehrheit in der Reichsvertretung zu gewinnen, eine Mehrheit, in welcher konservative und Liberale in der Unterstützung einer energischen und wahrhaft nationalen Regierung entschlossen zusammengehen.

Wie dem Standard aus Rom telegraphirt wird,

## Aus dem Leben eines Ladenmädchens.

Novelle von Ludwig Harder.

(Fortsetzung.)

Der Prinzipal schien das Reden verlernt zu haben. Er stand hinter seiner Mutter und fixirte über sie weg nur immer Fräulein Bär an. Es dauerte eine ganze Weile, ehe er Worte finden konnte, als er sie aber endlich gefunden, da stießen sie ihm nur so vom Mund und Nostas Gesichtchen klärte sich auf. Was von Herzen kommt, geht zu Herzen, sagt das Sprichwort und mir schien unserm jungen Herrn seine Rede nur zu sehr von Herzen zu kommen.

Gier, der ebenfalls bei der Begrüßung zugegen war, stieß mich leise an. „Fräulein Hortensia“, flücherte er, „was wollen Sie wetten? Hier giebt es effektiv ein kleines Malheur.“

„Das wolle Gott verhüten,“ antwortete ich erschrocken, obgleich ich mich ebenfalls einer langen Befehlung für die Zukunft nicht erwehren konnte. Und es mußten noch Weßere diese Befehlungen heißen, denn als ich in der Dämmerung über den kleinen Hof ging, um für den folgenden Tag ein Stück Zeug aus dem Hinterhause gelegenen Waarenräumen zu holen, stand auf einmal, wie aus dem Boden gewachsen, Herr Feldner vor mir. Ich muß gestehen, ich blühte ihm höchst erstaunt an, denn er hatte hier um diese Zeit nicht das geringste zu suchen, ja, ich glaube, vor Ueberzeugung habe ich ihm nicht einmal auf seinen höchsten Gruß geantwortet. Er wartete aber auch eine Weile meinerseits gar nicht ab, sondern begann in einräuslichem Tone:

„Ich lüchle Sie auf, Fräulein Hortensia, da ich Ihr edles Herz kenne, um Sie auf ein Werk der Barmherzigkeit aufmerksam zu machen. Können Sie sich, ich bitte Sie, Ihren netten Geschäftsfreundlich an. Es können leicht Tage kommen, wo Fräulein Nosta der Stütze einer gültigen Freundin sehr bedürftig ist.“ Dann zog er seinen Hut und war verschwunden.

Diese Begebenheit hat mich wirklich überrascht. Wie kommt Herr Feldner dazu, mich für edelmüthig zu halten? — Er kennt mich ja gar nicht. Gleichwohl habe ich mir

fest vorgenommen, seine gute Meinung nicht lägen zu lassen.

Ich ging an diesem Tage noch aus und kaufte mir das Buch, worin ich heute schreibe. Als ich dann bei meiner Rückkehr an dem Wohnzimmer der Frau Prinzipalin vorüberkam, hörte ich Nosta drinnen reden und es dauerte auch noch eine gute Stunde, bis sie die Wolfische Familie verließ und ihre eigene Kammer aufsuchte.

Was mich betrifft, so hatte ich mich schon schlafen gelegt. Es war bitter kalt im Zimmer, ich hatte nichts zu finden und das Wogblatt, das Herr Oetier mir bisweilen leiht, war auch schon zurückgegeben. Was konnte ich da Klügeres thun als schlafen? — Nosta in ihrer Kammer polterte ganz gewaltig, ich nahm mir vor, sie am andern Morgen darauf aufmerksam zu machen, denn die Frau Prinzipalin, welche unter uns schläft, kann durchaus keinen Kärm vertragen. Ueber diesen Vorfall dueltete ich so ein; da auch einmal hörte ich einen Schlag, als sollte gleich das ganze Haus einstürzen, die Verbindungstheür zwischen den beiden Kammern ist offen und auf der Schwelle steht der Engel, der bei uns zu Haus auf dem Altarbild unserm Herrn Christus den Reich reich. Ich fühlte, wie ich ganz blaß wurde, aber Gespensterfürst ist meine Sache nicht. Ich dachte gleich: „du träumst dich!“ — und rief mich thätig die Augen. Da sah ich denn klar, daß ich es mit keinem Engel zu thun hatte, sondern mit meiner Nachbarin, aber wenn man sie so in dem dunklen Zimmer stehen sah, in ihrem langen, weißen Nachtskleid, über das ihr schwarzes Haar in so wirren Locken herunterfiel und mit dem Kuchelstumpfen in den gefalteten Händen, war es sehr verzeihlich für einen Engel zu halten. So sehr ich Fräulein Bär auch bewunderte, war ich doch ängstlich über die Störung und den Schrecken, welchen sie mir einbrachte. „Aber Fräulein Nosta,“ sagte ich verdrießlich, „was sind denn das für Sachen? Was treiben Sie denn hier noch um Mitternacht?“

„Ach, liebste Fräulein!“, schmeichelte sie, und machte mit ihren nackten Füßchen ein paar Schritte über den eisalten Boden, „bedalten Sie mich diese Nacht hier bei sich, bitte, bitte!“

„Bei mir?“ fragte ich verwundert.

„Ach, thun Sie's, bestes Fräulein!“, bat sie weiter, „Sie sind so gut. — Sehen Sie, es war gerade solch eine Nacht wie heute, als mein liebes Mütterchen starb und auf mein Bett scheint ein Stern; — es ist jenseits, den ich in jener Nacht immer durch meine Thränen angefaßt habe. Ich kann nicht schlafen — wirklich, ich kann's nicht.“ Hier brach sie in Thränen aus. „Und ich fürchte mich zu Tod, — o lassen Sie mich doch hier bleiben.“

Sie weinte und bat, und dabei war es so kalt; ich mußte ihr wohl oder übel den Willen thun.

„Die Frau Prinzipalin wird zwar sehr ungehalten sein, wenn sie davon erfährt“, sagte ich zuletzt, — aber gleichviel! Lösen Sie das Licht und kommen Sie.“

Sie stieß einen Freudenschrei aus. „Sie sind so gut! aber ich wußte, daß Sie gut sind, Herr Feldner hat mir's gesagt und mir auf die Seele gekommen, mich nur an Sie zu wenden, wenn ich Rath oder Hilfe brauchte. — Und was die Frau Prinzipalin betrifft, pap! um die kümmerer ich mich nicht so viel!“

Sie schnippte mit ihrem kleinen rothigen Fingern und stieß heftig an einen Stuhl.

„Sie Unvorsichtige!“ rief ich erschrocken. „Nun haben Sie gemiß Frau Wolf geweckt, sie kann ohnehin nicht schlafen.“

„Sie kann nicht schlafen?“ wiederholte Nosta betroffen, „ist am Ende gar krank! D, das thut mir leid! Ich bin auch so ungeschickt! Schützen Sie mich nur thätig. — Aber es war nicht sehr laut, Fräulein Hortensia, es ist wahr, davon kann sie nicht aufgewacht sein. — Ich gebe mir so viel Mühe, sie lieb zu haben, die Frau Prinzipalin, wirklich, Fräulein Hortensia“, fuhr sie nach einer Weile fort. „Wenn sie nur nicht ein so heißes, kaltes Weiden hätte. Herr Wolf kommt mir viel ungeschicklicher vor. Aber so wie mein liebes Mütterchen ist doch Keiner, selbst Rante Scharf nicht, obgleich sie mich ein ganzes Jahr lang freundlich aufgenommen hat — mein Keiner! Keiner wird mich wieder lieb haben wie sie! D Gott, ich bin so verlassen auf der Welt!“

(Fortf. folgt.)

läßt der Papst sich täglich telegraphische Berichte über den Gesundheitszustand Kaiser Wilhelms senden. (Das Unwohlsein des Kaisers ist geboten.)

### Parlamentarische Nachrichten.

**Berlin, 10. April.** Der Reichstag setzte heute die Beratung über den Antrag Hirsch, betreffend die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes, und über die dazu vorkommenden Abänderungsanträge Stauffenberg, Hertling, Struemann und Gahleclever fort. Abg. Heinrich (Agr. Sachsen) wendete sich speziell gegen die Anträge Hirsch und Stauffenberg, da dieselben auch den Kleingewerbebetrieb unter das Haftpflichtgesetz stellen wollten und dadurch diese schon jetzt schwer darniederliegende Industrie völlig ruinieren würden. Am zweckmäßigsten sei es, zunächst weitere Erfahrungen zu sammeln und nicht im Laufe der Session noch eine Novelle zum Haftpflichtgesetz anzunehmen, die den Stempel der Ueberstürzung tragen würde. Abgeordneter Hirsch bestritt, daß sein Antrag die Absicht habe, auch das Kleingewerbe in den Geltungsbereich des Haftpflichtgesetzes zu ziehen und empfahl die Ueberweisung sämtlicher Anträge an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern. Das Haus beschloß die Ueberweisung an die Generalkommission.

Es folgte darauf die zweite Beratung des Ergänzungsetats; Reichsfinanzminister Hofmann leitete dieselbe mit der Erklärung ein, daß er bereit sei, den in der ersten Sitzung ausgesprochenen Wünsche zu entsprechen, und eine nähere Erläuterung über die Abgrenzung der Kompetenz der neuen obersten Finanzbehörde des Reiches zu geben. Zu dem Rest der derselben werde zunächst das gesamte Staats-, Renten- und Rechnungswesen gehören, insbesondere also die Aufstellung des Etats, die Prüfung der Entwürfe der Spezialrats, die Mitwirkung bei der Kontrolle über die gesetzliche Ausführung des Etats und die Sorge für die Rechnungsführung. Sodann erstreckte sich ihre Kompetenz auf das Reichsschuldenwesen, die Reichsschuld, die Ausgabe von Schatzanweisungen, die Sorge für die Verzinsung der Schuld u., ferner auf das Reichspapiergeldwesen, das Münzwesen und das Zoll- und Steuerwesen. In letzterer Beziehung sei allerdings zu bemerken, daß in Bezug auf handelspolitische Fragen dem Reichsverwaltungsamt eine Mitwirkung vorbehalten sei. Was die formale Seite des Etats betreffe, so sei allerdings in dem vorliegenden Entwurf die für das neue Finanzamt geforderte Summe innerhalb des Etats des Reichsfinanzamts eingestellt. Der Grund liege darin, daß man vorläufig eine Scheidung zwischen den Arbeitskräften des Verwaltungs- und des Schatzamtes nicht vornehmen könne, weil man den Bedarf des letzteren an Arbeitskräften noch nicht zu übersehen vermöge. Jedenfalls werde aber im nächsten Etat das Reichsverwaltungsamt und das Reichsschatzamt in getrennten Spezialtiteln aufgeführt werden.

Abg. Hänel glaubte trotz dieser Erklärung an seinem negativen Votum festhalten zu müssen, da seine Bedenken gegen die neue Organisation weniger in dem Mangel einer Kompetenzbegrenzung, als in der Unklarheit des Verhältnisses zwischen dem Reichsfinanzamt und dem preussischen Finanzministerium ihren Grund hätten. Diese Bedenken seien durch die Ausführungen des Vorredners in keiner Weise beseitigt. — Abg. v. Benda erklärte sich namens der nationalliberalen Partei durch die erläuternden Bemerkungen des Präsidenten Hofmann für vollkommen befriedigt und sprach seine Bereitwilligkeit aus, den Ergänzungsetat zu bewilligen, jedoch nur unter der bestimmten Voraussetzung, daß im nächstjährigen Etat eine vollständige Trennung zwischen dem Reichsschatzamt und dem Reichsverwaltungsamt durchgeführt werde. Die für die Organisation des Finanzamts geforderten 88 000 Mark wurden hierauf (gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und des Centrums) bewilligt, ebenso 55 000 Mark als erste Rate für die bauliche Einrichtung des für das Reichsgericht bestimmten Gebäudes, dagegen beschloß das Haus nach dem Antrage des Abg. Berger, die zum Neubau der Gebäude für die kaiserliche Mission in Japan bestimmten 227 000 Mark mit Rücksicht auf die Geschäftsmöglichkeit der vorzulegenden Pläne für dieses Jahr abzusetzen.

Das Haus beschloß hierauf die Verweisung an die Geschäftsverordnungs-Kommission.

Es folgte die erste und zweite Beratung des von dem Abgeordneten Bräde vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Heranziehung der Militärpersonen zu Kommunalabgaben. Der Antrag lautet: Die durch die Verordnung vom 22. Dezember 1865 für bestimmte Militärpersonen eingeführte Befreiung von Kommunalabgaben wird aufgehoben; diese Personen sind fortan in derselben Weise wie andere Gemeinbewohner zu den Kommunalabgaben heranzuziehen.

Nach der ersten Beratung wird die Sitzung am Donnerstag vertagt. Tagesordnung: Etat, Nachtragsetat, Gesetz über die Erparnisse aus der Kriegskontribution, Anleihe für Post und Telegraphie.

Nach der Erledigung dieser Gegenstände wird der Präsident, wie er am Schluß der Sitzung mittheilt, die Sitzungen bis zum 30. d. Mitt. vertagen.

### Zur Orient-Krisis.

Dem „Berliner Tageblatt“ geht aus Petersburg von quinterredierter Seite folgendes Telegramm zu: „Auf die meisten bedingehaftes Geschehen, welches gleichzeitig ein Nachgeben unserer Regierung bestimmt in Aussicht stellt, wird jetzt von Berlin aus die Verhandlungen eröffnet werden, um einen Wobens ausfindig zu machen, welcher den baldigen Zusammentritt des Kongresses ermöglicht, ohne daß Unterhandlungen von Staat zu Staat vorhergehen. Dem Ergebnis sieht man mit höchster Spannung entgegen.“

**Konstantinopel, 10. April.** Die Regierung hat eine Proklamation erlassen, in welcher sie die Bevölkerung von Thessalien und Epirus auffordert, treu zu verbleiben und die Störer der öffentlichen Ruhe zu entfernen. Die Regierung sei entschlossen, alle verfügbaren Kräfte zur Herstellung der Ruhe aufzuwenden. Sodann werden die Reformen, Verbesserungen und Privilegien aufgezählt, deren Aushalten und

Epirus gleich den übrigen Provinzen in Gemäßheit des Friedensvertrages von San Stefano theilhaftig werden sollen.

**London, 10. April.** Die Journale besprechen die Note des Fürsten Gortschakoff. Die „Times“ sagt, das Dokument offenbare den sichtlichsten Wunsch, eine friedliche Lösung zu sichern, und die Bereitwilligkeit, die durch den Friedensvertrag aufgeworfenen Fragen endlich zu diskutieren. Der Kongress sei allein kompetent, über die Gültigkeit des Vertrages zu entscheiden. Deshalb sollten die Erklärungsbezüge des Marquis von Salisbury und die Antwort Rußlands dem Urtheile Europas unterbreitet werden. „Daily News“ findet, die Note des Fürsten Gortschakoff werfe kein klares Licht auf die Absichten Rußlands, der „Daily Telegraph“ vermisst den Ausdruck der Neigung, den ganzen Friedensvertrag im Sinne Englands dem Kongresse vorzulegen. Die „Morningpost“ glaubt, Fürst Gortschakoff verziehe anscheinend auf eine Ergänzung der Verhandlungen, und die Herbeiführung einer friedlichen Lösung. Der „Standard“ ist abweichender Meinung, warnt aber davor, Gegenüberstellung zu machen; daß eine Falle, in welche England nicht gehen dürfe. Europa, nicht England habe über den Friedensvertrag zu entscheiden.

In dem Antwortschreiben des Fürsten Gortschakoff auf das Rundschreiben Lord Salisbury's wird in Abrede gestellt, daß der Vertrag von San Stefano einen mächtigen slavischen Staat unter der Kontrolle Rußlands schaffe, die bezüglich Bulgariens getroffenen Bestimmungen seien lediglich eine Ausführung des von der Konstantinopeler Konferenz aufgestellten Prinzips, Lord Salisbury selbst gebe aber zu, daß der Krieg eine einfache Mittelstufe zu dem Programm der Konstantinopeler Konferenz nicht gestalte. Die Thatsache, daß der Vertrag ein Präliminarvertrag sei, wie darauf hin, daß Rußland nicht zum Voraus an eine definitive Ausführung des Vertrages gedacht habe, welcher technische Studien und eine Vernehmung zahlreicher Experten erheische und demnach Raum lasse für eine Verständigung über die für unerlässlich erachtete Modifikation. Bulgarien werde in keinem größeren Grade unter der Kontrolle Rußlands stehen, wie Rumänien, Rußland habe ein Maximum von 2 Jahren für die Okkupation Bulgariens festgesetzt, weil, wenn die Okkupationsfrist unbestimmt gelassen wäre, der Argwohn hätte entstehen können, daß Rußland Bulgarien zu annektieren wolle. Die Abgrenzung Bulgariens sei nur ganz generell bestimmt. Von der Konstantinopeler Konferenz selbst seien schon die Höfen im schwarzen Meer und im ägäischen Meer als zu Bulgarien gehörig und für die Entwicklung des Handels unentbehrlich bezeichnet worden, wobei England und die Mittelmeer-Mächte bei Weitem den meisten Vortheil haben würden. Zu der Wahl des Gouverneurs von Bulgarien sei die Zustimmung der Pforte und Europas erforderlich. Rußland sei weit entfernt davon, Bulgarien in sein politisches System einziehen zu wollen und habe an den bestehenden Institutionen nichts geändert; es sei nur gegen eine mangelhafte Ausführung derselben Vorbehalte getroffen worden. Fürst Gortschakoff drückt demnach sein Vertrauen darüber aus, daß die Stipulationen in Betreff der Provinzen Epirus und Thessalien zu Einwendungen hätten Veranlassung geben können. Wenn Rußland zu Gunsten dieser Provinzen nichts stipuliert hätte, würde man dasselbe beschuldigt haben, daß es die Griechen den Slaven opfern; wenn es für Epirus und Thessalien die nämliche Autonomie wie für Bulgarien gefordert hätte, würde man die Anklage erhoben haben, daß es die Türkei gefährden wolle. Im Vertrage ist nicht bestimmt, daß die besseren Institutionen für die griechischen Provinzen unter der Leitung Rußlands entworfen werden sollten, ebenso seien die von Lord Salisbury bezüglich der Protection der russischen Kirche vorgebrachten Argumente nicht stichhaltig. Es sei eine Uebertreibung, daß die Retrocession Vessarabiens, die Ausdehnung Bulgariens bis ans schwarze Meer und die Erwerbung von Batum den Willen Rußlands an der Küste und in der Nachbarschaft des schwarzen Meeres zu einem prädominirenden machen würden. England würde es vielleicht lieber gesehen haben, wenn die Landverwerbungen in Armenien, die einen denselben Werth hätten, in den Händen der Türken geblieben wären; aus den nämlichen Gründen wünsche aber Rußland diese Länder zu seiner eigenen Sicherheit zu besitzen. Wenn England der Türkei Gebietsabtretungen hätte erwidern wollen, hätte es sich seiner Zeit mit Rußland vereinigen sollen. Nachdem dies England abgelehnt, könne es Rußland nicht das Recht bestreiten, eine Sachlage zu schaffen, die dasselbe künftigen Opfern gegenüber schädlos halte. Nachdem jedoch die von Lord Salisbury gegen die Kriegskostenentschädigung erhobenen Einwendungen widerlegt worden sind, nimmt die Antwort des Fürsten Gortschakoff mit Befriedigung von den Erklärungen Salisbury's Akt, in denen der Wunsch ausgedrückt wird, daß die Wobisfahrt der Bevölkerung gesichert werde. Die Lage sei die, daß, nachdem die Verträge seit 22 Jahren nach und nach durch die Türkei, durch die vereinigten Fürstenthümer, durch Frankreich und durch die Konstantinopeler Konferenz alterirt worden seien, Lord Salisbury selbst eine große Veränderung als notwendig anerkenne. Rußland wüßte sich zu erheben, wie Lord Salisbury die Verträge und das Recht Englands und der Mächte mit einer Realisirung der Wobisfahrt der Bevölkerung in Einklang zu bringen gedenke, ebenso wüßte Rußland zu erfahren, wie Lord Salisbury ohne den Vertrag von San Stefano und indem er den von Rußland durch seine Opfer erworbenen Rechten Rechnung trage, das gewünschte Ziel zu erreichen hoffe. Die Derselbe Lord Salisbury's gebe keine Antwort auf diese Fragen.

**Wien, 10. April.** Der „Polit. Korresp.“ wird aus Bukarest gemeldet, daß vorgestern russische Regimenter als Bortrupp des 7. und 11. russischen Korps von Ruzschuk nach Gurguzow vorzurücken begonnen hätten, um die Linie Gurguzow-Bukarest zu besetzen. Die rumänische Regierung stelle den unzweifelhaft gewordenen Beginn der Okkupation in Abrede, um Aufregungen zu vermeiden. Wie vielfach vermeldet, ist

nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Bratiano die Bildung eines Kabinetts Joann Ghila in Aussicht genommen. Die „Polit. Korresp.“ veröffentlicht folgende Meldungen. Aus Volo: 6000 Truppen mit 6 Gebirgsregimenten sind am 8. v. nach Voleffino abgegangen. Ein Theil derselben geht zur Verklärung des Korps von Kardiza nach Kastell, während eine starke türkische Abtheilung unter Kasteller auf Agina marschirt. In Volo dauern die Hausinsamlungen und zehnjährige Verhaftungen fort. Am 7. d. drangen türkische Soldaten in mehrere Häuser Voles ein, darunter auch in das Haus eines österreichischen Konsularsbeamten. In Volo herrscht allgemeiner Schrecken. — Aus Bukarest: Der Minister des Auswärtigen, Coganitcanu, beantragte auf wiederholtes Andringen Rußlands beim Fürsten auf Neue die Abberufung des rumänischen Agenten in Wien, Balaschano. Es verlautet, Rußland sei geneigt, auf die ihm durch den Frieden von San Stefano eingeräumten Rechte zu verzichten und einen Spezialmilitärabkommungen nach Bukarest zu senden, um über die Bedingungen der Aufrechterhaltung der Vertheilung der russischen Truppen durch Rumänien mit Rumänien direkt zu verhandeln. — In Silistria beginnen demnach russische Sappeurs die Demonstrationen; drei russische Korps sollen demnach den Rückmarsch aus Bulgarien nach Rumänien beginnen. — Aus Konstantinopel: Dem Botschafter Karad soll es neuerdings gelungen sein, die russischen Bemühungen um die Fremdbesatz der Pforte vorläufig zu paralysiren. Man müßte aber gestern stattgehabten längeren Konferenz Meow Paschas und Osman Paschas mit Karad im Hinblick auf die sündlich wachsende englisch-russische Spannung sehr große Bedeutung bei.

**Rom, 10. April.** In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer äußerte sich Visconti Venosta bei der Begründung seiner Interpellation über die orientalische Frage sich sehr ablehnend über das zuletzt abgetretene Ministerium, welches Mitgliedern in die italienische Politik wachgerufen habe. Die Interessen Italiens seien mit denjenigen Europas zusammen. Die Politik Italiens habe bezüglich der orientalischen Angelegenheiten immer das Prinzip des europäischen Einmengen unterliegt und gleichzeitig mit dem Fortschritte der griechischen Rassen die Herstellung eines neuen Gleichgewichts beabsichtigt, welches bekannt ist, das alte zu ersetzen. Man könne nicht verlangen, daß Rußland auf die Vorteile seiner See verziehe, aber es sei zu wünschen, daß es einwillige, dieselben mit den Interessen der Mächte, sowie mit den Rechten und der Wobisfahrt der Bevölkerung zu vertheilen. Italien habe keine Ambitionen im Orient, aber es habe dort legitime, kommerzielle und moralische Einflüsse geltend zu machen. Es sei von Wichtigkeit für dasselbe, daß das Gleichgewicht der Machtverhältnisse der Staaten am mittelländischen Meer nicht infolge, um nachtheilige der Sicherheit und der Freiheit der künftigen Politik Italiens verändert werde.

### Aus Halle und Umgegend.

— Von den 100-Mark-Noten der vormaligen preussischen Bank, welche vom 1. d. M. nur noch an der hiesigen Hauptstelle der deutschen Reichsbank angenommen werden sollten, sind noch so große Mengen im Umlauf geblieben, daß man sich maßgebenden Ortes veranlaßt gesehen hat, insofern noch eine Nachfrist zu gewähren, als jene Scheine in den Reichsbankanstalten der Provinzen noch bis zum 1. Juli d. S. angenommen werden.

**Schiffstand.** Meldung vom 10. April. Aufgegeben: Der Schneider H. Krautwald, Wilhelmstraße 7, und C. Wille, gr. Schloßm. 3. — Der Handarbeiter H. Algenstein und C. Franke, Brunnengasse 2. — Der Kupfermeister Th. Schübert, Dachritzgasse 13, und C. Knödel, Derglaucha 23. — Der Glaser J. Köster, Patz 37, und A. Wirth, Leipzigerstraße 94.

**Eheschließungen:** Der Schuhmacher R. Niemann, Geißestraße 37, und C. Walter, Mittelstraße 18. — Der Bahnarbeiter H. Klinge, Thalgaße 1, und E. Brandtmeister, gr. Ulrichstraße 39. — Der Kaufherr F. Wroth, Franckenstraße 2, und M. Garitz, Franckenstraße 7. — Der Handarbeiter C. Hennig, Steg 1, und W. Herber, Rathshaus 19. — Der Gymnasiallehrer F. Meyer, Vorfigerstraße 13, und F. Geisnius, Giechstein. — Der Handarbeiter F. Wilsch und M. geis. Reichmeister, Trödel 15. — Der Eisenkreder D. Knoche und A. König, Leipzigerstraße 57. — Der Handelsmann G. Koppel, kl. Ulrichstraße 4, und Sch. Fetisowjew, Leipz.

**Geboren:** Dem Kaufmann G. Stodmann eine T. am Bahnhofs 6. — Dem Schmied R. Wunze eine T., kl. Brauhausgasse 15. — Dem Oberkassierer G. Wehrens, ein S., kl. Brauhausgasse 6.

**gestorben:** Des Handarbeiters C. Lange S. Carl, 2 J. 11 M. 29 T. Bräune, Merseburgerstraße 13. — Die Wittwe Amalie Henriette Knauth geb. Kreyhermann, 78 J. 5 M. 7 T., Altersschwäche, kl. Brauhausgasse 17. — Die Wittwe Friederike Rosine Schütte geb. Wunze, 69 J. 10 M. 4 T., Marasmus senilis, alter Markt 18.

### Verzeichnis des Sekretärs des Börsenvereins in Halle a/S. am 11. April 1878.

Beizeu 1000 Rthl., geringer 192—207 M., besserer 210—216 M., mittlerer 219—222 M., feinstes über 200, bei ruhiger Haltung und geringem Angebot haben sich im Preise keine Veränderungen gezeigt.

Wagen 1000 Rthl., 153—160,50 M.  
Görke 1100 Rthl., Landgerichte geringe 174—180 M., bessere 183 bis 189 M., feine u. Erbsalzer 192—198 M.  
Gehennal 50 Rthl., 14,50—15,25 M.  
Seler 1000 Rthl., 147—159 M.  
Pflanzers 1000 Rthl., Fährereihen 162—165 M., Victoria-Cröten 150—204 M., Bohnen p. 50 Rthl. 10—11 M., Erbsen 10—13 M.  
Sümmel 50 Rthl., 39—40 M.  
Widen, 100 Rthl., 159—162 M.  
Witten 1000 Rthl., gelbe 192 M.  
Kiefern 50 Rthl., Rothle 59—48 M., Weißle 40—75 M., schwed. Stiefel 80—65 M., Schiffe 21—28 M., Ceparicite 19—21 M.  
Süßholz 50 Rthl., unverändert.



